



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Lausanne, 12. September 2008

Medienmitteilung

Das höchste Organ des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter VSPB traf sich in Lausanne

«Polizeiarbeit ist und bleibt service public»

Seine 89. Delegiertenversammlung stellte der Verband Schweizerischer Polizeibeamter unter das Thema „Die Polizei – der richtige Sicherheitspartner“ und betonte damit seinen Kampf gegen die Privatisierung und Militarisierung der inneren Sicherheit.

Am 11. und 12. September 2008 trafen sich in Lausanne rund 300 Mitglieder und Gäste zur 89. Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter VSPB. Das zweijährlich stattfindende Meeting stand unter dem Motto „Die Polizei – der richtige Sicherheitspartner“. Damit unterstreicht der rund 22'000 Mitglieder starke Verband, der einen Abdeckungsgrad von mehr als 95 % aufweist, einmal mehr seinen Kampf für eine staatlich kontrollierte Sicherheit. In seinem Grusswort nahm Hanspeter Uster, Präsident des Stiftungsrates des Schweizerischen Polizei-Instituts, dieses Begehren auf und sagte, es dürfe nicht sein, dass immer mehr hoheitliche Polizeiaufgaben an Armee und Private ausgelagert werden: «Polizeiarbeit ist und bleibt service public.» Zentral für die Sicherheit, ergänzte Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, seien auch gute Arbeitsbedingungen, und warb für ein Ja zu seiner Initiative «Für ein flexibles Rentenalter». Der VSPB hat dieses Volksbegehren von Anfang an unterstützt.

Resolution gegen private Sicherheitsunternehmen

Im Zusammenhang mit den Schnüffelei-Vorwürfen an Securitas, die gemäss Berichten der Westschweizer Medien vom Juni dieses Jahres im Auftrag von Nestlé Globalisierungskritiker ausspioniert haben soll, verabschiedete das höchste Organ des VSPB mit grosser Mehrheit eine Resolution. Diese fordert von Justiz und Politik



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Rahmenbedingungen, um die vorhandenen Gesetzeslücken zu schliessen und der rein gewinnorientierten und destabilisierenden Geschäftspolitik privater Sicherheitsunternehmen Einhalt zu gebieten.

«Bundesrat und Politik sind nicht untätig»

Jacqueline de Quattro, Waadtländer Regierungsrätin und Vorsteherin des Sicherheits- und Umweltdepartements, rief zu einer Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitspartnern auf und signalisierte die Bereitschaft, die Gesetzesgrundlagen zu prüfen und allenfalls neue Regeln zu schaffen. Als Höhepunkt der Versammlung begrüsst VSPB-Präsident Heinz Buttauer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie knüpfte an die Ausführungen der Referenten vom Vortag an und machte das Schengener Abkommen zum Zentrum ihrer Rede. «Offene Grenzen stellen uns vor ganz neue Herausforderung», sagte sie, und denen werde mit verschiedenen Massnahmen auch Rechnung getragen. Damit die Anfangserfolge des seit dem 14. August eingeführten Informationssystem SIS ausgebaut werden können, rief sie die Anwesenden auf, diese neue Einrichtung auch so oft als möglich zu nutzen. Ausserdem unterstrich sie die Wichtigkeit einer verstärkten internationalen Polizeizusammenarbeit, für die der Bundesrat auf drei strategische Pfeiler setzt: 1. die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit, 2. den Aufbau der euro-regionalen Instrumente und 3. die Weiterentwicklung der globalen, multilateralen Kooperation. Bund und Politik, schloss, sie, seien nicht untätig: «Wir arbeiten intensiv daran, Ihnen allen effiziente Mittel zur Verbrechensbekämpfung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung zu stellen.»

Weitere Informationen erteilen:

Heinz Buttauer, Präsident VSPB, Tel. 076 433 16 28

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64